

Ein anderes Deutschland war möglich!



70. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Der 7. Oktober 2019 ist für Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland ein besonders Datum: An diesem Tag vor 70 Jahren wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Die kommunistischen Parteien deutscher Nationalität außerhalb der DDR, das heißt KPD, DKP und SEW haben sich diesem Staat immer solidarisch verbunden gefühlt und wurden auch durch ihre Gegner immer mit diesem identifiziert. Die politischen Verhältnisse in der heutigen Bundesrepublik und vor allem die Beschaffenheit ihrer Medienlandschaft lassen wenig Hoffnung aufkommen, dass der 7. Oktober 1949 in geschichtswissenschaftlich seriöser Weise gewürdigt werden wird. Zu erwarten sind eher weitere Delegitimierungsattacken gegen den untergegangenen Staat. Es ist die Aufgabe der DKP, sich in diese Diskussionen einzumischen, Entstellungen zurechtzurücken und Verschwiegendes anzusprechen. Denn es geht um mehr als Geschichte: Es geht um die grundsätzliche Berechtigung, eine Alternative zum mörderischen System dem Kapitalismus nicht nur zu erträumen, sondern auch praktisch umzusetzen. Hierzu wollen wir mit dem vorliegenden Leitfaden Anregungen liefern. Wir geben eine knapp gehaltene chronologische Darstellung der historischen Abläufe und richten anschließend den Blick auf einige Aspekte der Geschichte der DDR, die in der Diskussion oft zu kurz kommen – wenn man sie nicht gänzlich unter den Tisch fallen lässt. Das Material kann genutzt werden zur Gestaltung eines Gruppenabends oder auch als Ausgangspunkt für einzelne Genossinnen und Genossen, die sich mit dem Thema intensiver beschäftigen wollen. In diesem Zusammenhang empfehlen wir besonders die Literaturliste zum Schluss der Aufmerksamkeit von Leserin und Leser. Es sind sehr informative Arbeiten darunter. Vor allem hat der Bundesvorstand der SDAJ mit seiner Broschüre zur DDR hier einen wertvollen Beitrag geleistet. Anregungen und Kritik nimmt die Geschichtskommission gern entgegen



Erik Höhne



1. Historischer Verlauf

- 8. Mai 1945:** Mit der bedingungslosen Kapitulation der Streitkräfte des Dritten Reiches endet in Europa der Zweite Weltkrieg.
- 14. Juli 1945:** In der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) vereinigen sich die neu zugelassenen Parteien Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christdemokratische Union (CDU) und Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD) zum „Block der antifaschistischen demokratischen Parteien“.
- 17. Juli 1945:** Im Schloss Cecilienhof bei Potsdam kommen J. W. Stalin (UdSSR), H. S. Truman (USA) und W. Churchill (Großbritannien) zur Potsdamer Konferenz zusammen. Es wird vereinbart, Deutschland unter die Verwaltung eines Alliierten Kontrollrates zu stellen, der sich aus vier Militärgouverneuren (UdSSR, Frankreich, USA und Großbritannien) zusammensetzt. Das in vier entsprechende Besatzungszonen aufgeteilte Deutschland soll als Einheit verwaltet werden nach Maßgabe der „4 D“: Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, Demokratisierung.
- 3. September 1945:** In der SBZ beginnt mit der demokratischen Bodenreform die Enteignung des Großgrundbesitzers. Das Land wird an Kleinbauern und Umsiedler verteilt.
- 5. März 1946:** Churchill hält eine Rede in Fulton (Missouri, USA), welche die Aufkündigung der Partnerschaft der Anti-Hitler-Koalition zum Ausdruck bringt.
- 21. April 1946:** Im Berliner Admiralspalast vereinigen sich SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Die Vereinigung beschränkt sich auf die SBZ.
- 30. Juni 1946:** 77,56 Prozent der Stimmberechtigten votieren bei einer Abstimmung in Sachsen für die Enteignung von Kriegsverbrechern und faschistischen Funktionsträgern.
- 1. Januar 1947:** Die britische und die US-amerikanische Besatzungszone werden zur Bizone vereinigt.
- 25. November 1947:** In London kommen die Außenminister der vier Siegermächte zusammen. Die Londoner Konferenz wird abgebrochen, da kein Konsens zur weiteren Entwicklung Deutschlands zu erzielen ist.
- 6. Dezember 1947:** In Berlin tritt der erste Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden zusammen. Es nehmen Delegierte aus ganz Deutschland teil. Ziel ist die Schaffung eines demokratisch-antifaschistischen Gesamtdeutschlands. In den Westzonen werden Tätigkeiten für den Volkskongress verboten.
- 23. Februar 1948:** Im Zuge der Londoner Sechsmächtekonferenz (USA, Großbritannien, Frankreich, die drei Beneluxstaaten) wird die Gründung eines westdeutschen Separatstaates vorbereitet.
- 6. März 1948:** Die Bizone wird durch den Beitritt der französischen Zone zur Trizone erweitert.
- 17. März 1948:** Der zweite Deutsche Volkskongress kommt zusammen. Er wählt einen Deutschen Volksrat zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs.
- 24. Juni 1948:** Die UdSSR nimmt bis zum 12. Mai 1949 die Zufahrtswege von und nach West-Berlin unter Kontrolle („Berlin-Blockade“). Die Maßnahme dient dem Schutz des ostdeutschen Wirtschaftsraumes vor dem Zustrom durch die separate westdeutsche Währungsreform entwerteter Reichsmarkbestände.
- 23. Mai 1949:** Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Bildung eines demokratisch nicht legitimierten westdeutschen Separatstaates. Der Parlamentarische Rat, der zuvor das Grundgesetz ausgearbeitet hatte, bestand aus westdeutschen Landtagsabgeordneten, deren Wählermandat sich nur auf die jeweiligen Landesvertretungen bezog.
- 29. Mai 1949:** In Berlin tritt der dritte Deutsche Volkskongress zusammen. Der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates wird bestätigt. Es folgt eine Neuwahl des Volksrates.

- 7. Oktober 1949:** Die Deutsche Demokratische Republik wird gegründet (Gründung der BRD: 23. Mai 1949). Der Volksrat konstituiert sich als provisorische Volkskammer. Präsident des neuen Staates wird W. Pieck, Ministerpräsident O. Grotewohl.
- 8. Februar 1950:** Vor dem Hintergrund fortgesetzter Spionage- Sabotage- und Destabilisierungstätigkeit antisozialistischer Kräfte im Innern wie von außen wird das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gegründet.
- 1. Juli 1952:** Es beginnt die Aufstellung der Kasernierten Volkspolizei (KVP).
- 9. Juli 1952:** Die zweite Parteikonferenz der SED tritt zusammen und beschließt den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR. In der Folge werden Privatunternehmen zu Volkseigenen Betrieben (VEB) umgestaltet. Auf dem Land geht man zur Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) über.
- 25. Juli 1952:** Die bisherigen fünf Länder der DDR werden zu 14 Bezirken umstrukturiert.
- 5. März 1953:** J.W. Stalin stirbt. N.S. Chruschtschow tritt die Nachfolge an.
- 17. Juni 1953:** Eine von der Regierung verkündete Erhöhung der Arbeitsnormen führt zu Protesten in der Bevölkerung der DDR. Hintergrund ist u. a. die von der sowjetischen Führung erwartete Intensivierung der verteidigungspolitischen Anstrengungen der DDR. Die Erhöhung der Normen wird zurückgenommen. Die Unzufriedenheit wird von konterrevolutionären Kräften jedoch genutzt, um zu gewalttätigen Ausschreitungen überzugehen. Unterstützung erhalten sie durch den Berliner Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS). Sicherheitskräften der DDR gelingt es mit Hilfe sowjetischer Truppen, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen.
- 11. Mai 1955:** Die UdSSR und ihre Verbündeten kommen in Warschau zusammen zur Bildung eines Verteidigungsbündnisses. Die DDR ist von den militärischen Bestimmungen des Vertrages zunächst ausgenommen.
- 18. Januar 1956:** Die Volkskammer beschließt die Umbildung der KVP zur Nationalen Volksarmee (NVA). Die Bildung der westdeutschen Bundeswehr war bereits im vorangegangenen Jahr erfolgt.
- 28. Januar 1956:** Die DDR wird auch militärisches Mitglied des Warschauer Vertrages.
- 3. August 1961:** In Moskau wird bei einer Konferenz des Warschauer Vertrages unter Federführung des Generalsekretärs der KPdSU N. S. Chruschtschow über Maßnahmen zur Sicherung der Berliner Sektorengrenze entschieden.
- 13. August 1961:** Sicherheitskräfte und Militär der DDR schließen die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin, um feindlichen Aktivitäten (wirtschaftliche Destabilisierung, Spionage, Abwerbung von Fachkräften, Provokationen usw.) entgegenzutreten.
- 15. Juli 1963:** Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL) wird beschlossen. Es nimmt die zentrale Wirtschaftsplanung zugunsten der Eigenständigkeit der einzelnen Betriebe zurück und schafft zusätzliche Leistungsanreize. Die Arbeitsproduktivität der DDR steigt bereit im Folgejahr um 7 Prozent
- 14. Oktober 1964:** L. I. Breschnew löst N. S. Chruschtschow als Generalsekretär der KPdSU ab.
- 12. September 1967:** Bei einer Tagung in Berlin zum 100. Jahrestag des Erscheinens von „Das Kapital“ erklärt W. Ulbricht „...dass der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbstständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab.“ Er grenzt sich damit von unrealistischen Erwartungen ab, die im Sozialismus nur eine kurze Zwischentappe sehen und den Kommunismus für die nähere Zukunft erwarten.
- 3. Mai 1971:** Ulbricht, dessen Reformideen das Misstrauen der sowjetischen Führung geweckt haben, wird als Erster Sekretär des ZK der SED durch E. Honecker abgelöst. E. Honecker gibt den Kurs des NÖSPL auf und





verkündet die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Die Bedeutung zentraler Planung nimmt wieder zu, verbliebene kleine Privatbetriebe werden gegen Entschädigung enteignet. Soziale Leistungen des Staates und Einkommen steigen an. Vor allem wird ein großes Wohnungsbauprogramm aufgelegt. Als problematisch erweist sich im Weiteren die Finanzierung über Auslandskredite.

- 18. September 1973:** Die DDR wird Mitglied der UNO.
- 16. November 1976:** Die Ausbürgerung des Künstlers W. Biermann aus der DDR führt im In- und Ausland zu heftigen Kontroversen.
- 12. Juni 1982:** J. W. Andropow wird Nachfolger des verstorbenen L. I. Breschnew.
- 13. Februar 1984:** K. U. Tschernenko wird nach dem Tod J. W. Andropows neuer Generalsekretär der KPdSU.
- 11. März 1985:** M. S. Gorbatschow wird Nachfolger des verstorbenen K. U. Tschernenko. Er stellt seine Amtszeit unter die Leitbegriffe „Glasnost“ (Transparenz) und „Perestroika“ (Umgestaltung). Was als Erneuerung des Sozialismus angekündigt wird, erweist sich in der nächsten Zeit als eine allmähliche Aufgabe des Marxismus-Leninismus.
- 7. September 1987:** E. Honecker wird zum Staatsbesuch in Bonn empfangen. Der Besuch wird als großer diplomatischer Erfolg der um Entspannung im Verhältnis der beiden deutschen Staaten bemühten DDR gewertet. In der DDR selber mehr sich jedoch Unzufriedenheit aufgrund von Versorgungsmängeln und fehlender demokratischer Debatte zu den anstehenden gesellschaftlichen Problemen.
- 11. September 1989:** Ungarn öffnet seine Grenze zu Österreich, was die ohnehin schon ansteigende Ausreise- bzw. Fluchtbewegung aus der DDR weiter forciert.
- 7. Oktober 1989:** Der vierzigste Gründungstag der DDR wird mit zahlreichen ausländischen Gästen gefeiert. Gleichzeitig verstärken sich die Proteste sowohl antisozialistischer Kräfte als auch von Kreisen, die eine Erneuerung der DDR fordern.
- 17. Oktober 1989:** E. Honecker wird als Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzender durch E. Krenz abgelöst.
- 1. November 1989:** M. S. Gorbatschow gibt E. Krenz bei dessen Besuch in Moskau die, wie sich später herausstellen sollte, heuchlerische Zusicherung seiner Bündnistreue.
- 4. November 1989:** Auf dem Berliner Alexanderplatz findet eine Massenkundgebung für Reformen in der DDR statt.
- 9. November 1989:** Die bislang bestehenden Beschränkungen für Reisen in die BRD werden aufgehoben.
- 13. November 1989:** H. Modrow (SED) wird neuer Vorsitzender des Ministerrates der DDR.
- 3. Dezember 1989:** Die gesamte SED Führung unter E. Krenz tritt zurück. E. Honecker, E. Mielke und weitere Spitzenfunktionäre werden aus der Partei ausgeschlossen.
- 8. Dezember 1989:** Ein außerordentlicher Parteitag der SED wählt G. Gysi zum neuen Vorsitzenden. Die Partei wird in SED-PDS umbenannt und verkündet den Bruch mit ihrer Vergangenheit.
- 18. März 1990:** Bei den Wahlen zur Volkskammer siegt die CDU-geführte „Allianz für Deutschland“. Die Wahlen sind gekennzeichnet durch massive Einmischungen aus der BRD (der DDR-Oppositionelle J. Reich: „in die DDR exportierte Westwahlen“). Neuer Ministerpräsident wird L. d. Maiziere.
- 3. Oktober 1990:** Die Geschichte der DDR endet mit dem Anschluss an die BRD.

2. Ausgangsbedingungen

Vor allem im kollektiven Gedächtnis der „Alt-Bundesbürgerinnen und –bürger“ wird die DDR zumeist assoziiert mit einer durchweg schlechten Konsumgüterversorgung. Als ursächlich wird der eigenen ideologischen Vorprägung entsprechend „sozialistische Misswirtschaft“ angenommen. Kritische Geschichtsforschung richtet den Blick dagegen auf die Ausgangsbedingungen, unter denen der sozialistische deutsche Staat aufgebaut werden musste. Es ist festzustellen, dass hier von vornherein Prämissen existierten, an deren Schaffung die Verantwortlichen in SBZ und DDR keinerlei Anteil hatten und ebenso wenig die Möglichkeit, diese aus der Welt zu schaffen. Im Zuge der sich herausbildenden und verfestigenden deutschen Teilung hatte man nicht nur den geografisch kleineren, sondern auch den ökonomisch schwächeren Teil Deutschlands erhalten. Darüber wird gern geschwiegen, wenn das sogenannte Wirtschaftswunder der BRD in unwissenschaftlicher Glorifizierung auf den Fleiß der Bundesbürgerinnen und –bürger sowie auf das angeblich grundsätzlich überlegene Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ zurückgeführt wird. Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR Siegfried Wenzel hat sich in seinem Buch „Was war die DDR wert?“ mit dieser Frage beschäftigt: 1945 stand die UdSSR vor gewaltigen Kriegsschäden im eigenen Land und stellte Reparationsforderung an den von ihr besetzten Teil Deutschlands. Moralisch war dies in keiner Weise zu beanstanden, bedenkt man Art und Umfang der durch die deutschen Aggressoren in der Sowjetunion begangenen Verbrechen. Dennoch hatte dies nicht zu unterschätzende Konsequenzen. Wenzel stellt fest: „Während die Kriegszerstörungen (Bombenangriffe, Landkrieg) für beide Teile Deutschlands heute von den meisten Wissenschaftlern als etwa gleich hoch – bezogen auf das vorhandene materielle Potential – eingeschätzt werden, betrug der Substanzverlust an industriellen und infrastrukturellen Kapazitäten in der DDR – der als Reparationen für die Sowjetunion in Form von Demontagen vorhandener Betriebe und Einrichtungen geleistet wurde – rund 30 Prozent der 1944 auf diesem Gebiet vorhandenen Fonds.“² Wenzel spricht in diesem Zusammenhang von einem „Wirtschaftstorso“. In der US-amerikanisch besetzten Zone hingegen wurden bereits ein Jahr nach Kriegsende alle Demontagen eingestellt. Vergleicht man die Bilder, die UdSSR und USA nach dem Zweiten Weltkrieg boten, erkennt man auf den ersten Blick, warum sich die westliche Führungsmacht diese Großzügigkeit leisten konnte.

Aber selbst wenn man die Reparationsfrage beiseitelässt, ergibt sich das Bild eines beträchtlichen, schon historisch gewachsenen Gefälles. „Im Jahre 1938 betrug der Anteil Mitteldeutschlands an der Produktion des Deutschen Reiches bei Steinkohle 1,9 Prozent, bei Eisenerz 6,0 Prozent, bei Roheisen 4,3 Prozent, bei Rohstahl 6,6 Prozent. Mitteldeutschland war ein hochindustrialisiertes Gebiet mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Maschinenbau, Elektrotechnik und Textilindustrie. Dieses Gebiet war auf westdeutsche Lieferungen bei Roheisen, Walzstahlerzeugnissen, Steinkohle und Koks existentiell angewiesen und ohne diese nicht lebensfähig. (...) Bisher völlig vernachlässigt wurde bei solchen Betrachtungen, dass auch eine enge Verflechtung des damaligen Mitteldeutschland mit den Industriegebieten der ehemaligen Ostgebiete bestand. So erhielt z. B. dieser Teil Deutschlands Ende der 30er Jahre von Millionen Tonnen benötigter Steinkohle 9 Millionen Tonnen aus Oberschlesien. Dazu kamen von dort Steinkohlekoks und andere Steinkohleprodukte. Diese Lieferungen fielen ab 1945 völlig aus.“³ Nicht vergessen werden dürfen in diesem Zusammenhang die beträchtlichen Aufwendungen der USA im Rahmen des sogenannten Marshallplans. Wären diese denkbar gewesen, wenn die Vereinigten Staaten in ähnlicher Weise wie die UdSSR zum Kriegsschauplatz geworden wären?



² S. Wenzel, Was war die DDR wert?, Das Neue Berlin, Berlin, 6. Auflage, 2004, S. 40
³ ebd. S. 47 f.



3. Wer spaltete Deutschland?

Es gehörte von Anfang an zum Selbstverständnis der 1949 entstandenen Bundesrepublik, gebetsmühlenartig die Teilung Deutschlands zu beklagen und die Hoffnung auf Wiedervereinigung (selbstverständlich auf kapitalistischer Grundlage!) zu beschwören. Traditionell taten sich hier besonders revanchistische Kreise der Unionsparteien CDU und CSU hervor. Und dennoch gibt es guten Grund zu der Annahme, dass hier gerade diejenigen die Teilung beklagten, die selber aktiv gegen die Einheit gearbeitet haben.

Grundsätzlich war eine Teilung auch von den Siegermächten zunächst nicht vorgesehen gewesen. Schließlich war mit dem Potsdamer Abkommen der Alliierte Kontrollrat geschaffen worden, der in „den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen“⁴ gemeinsames Handeln gewährleisten sollte. Allerdings gab es westlicherseits auch von vornherein Vorbehalte. So schätzte der US-Diplomat G.F. Kennan ein: „Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn.“⁵ Dementsprechend wurde bald faktisch Kurs genommen auf die Bildung eines westdeutschen Separatstaates. In Gestalt der CDU unter der Führung von Konrad Adenauer fand man willige Helfer. SED und KPD betrachteten es hingegen als ihre patriotische Pflicht, für ein einheitliches Deutschland auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage einzutreten. M. Reimann lehnte für die KPD im Parlamentarischen Rat die Zustimmung zum Grundgesetz ab, da mit diesem „die Spaltung Deutschlands festgelegt ist.“⁶ Und selbst 1952 noch beschloss der Parteivorstand der KPD ein „Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“.⁷ Wer dies zum Anlass nimmt, so wie die Autoren der Rosa Luxemburg Stiftung B. Hüttner und G. Kritidis, der KPD „nationalistische Rhetorik“ vorzuwerfen, demonstriert nur sein Unvermögen, die nationale Frage in ihren konkreten historischen Bezügen zu betrachten.⁸

Ein Blick auf den chronologischen Ablauf seit 1945 zeigt, dass die Schritte hin zur Teilung vom Westen ausgingen. Die Bildung von Bi- und Trizone bereitete die Spaltung vor. Ein sehr deutliches Signal war die separate Währungsreform. Das Anliegen der Volkskongressbewegung stieß auf keinerlei Sympathie und wurden von den westlichen Besatzungsbehörden vielmehr als feindliche Aktivität bekämpft. Die DDR erscheint in dieser Hinsicht nicht unmittelbar als „Wunschkind“ ihrer Mütter und Väter, sondern als ein Staat, der zwingend entstehen musste, nachdem mit der spalterischen Bildung der BRD Tatsachen geschaffen worden waren, die den Wünschen der deutschen Kommunistinnen und Kommunisten völlig zuwider liefen. Und auch der ignorante Umgang mit dem als „Stalin-Note“ bekannte gewordenen sowjetischen Angebot zur Bildung eines neutralen Gesamtdeutschlands 1952 illustrierte noch einmal deutlich, auf welcher Seite das ehrliche Interesse an einer antifaschistisch-demokratischen Einheit Deutschlands sicher nicht zu finden war.

4 https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&object=context&l=de, 07.09.2019

5 ebd.

6 http://www.maxreimann.com/parlamentarischer_Rat.html, 07.09.2019

7 G. Judick, J. Schleifstein, KPD 1945–1968 Dokumente, Band 1, Edition Marxistische Blätter, 1989, S. 396 ff.

8 B. Hüttner, G. Kritidis, Rosa Luxemburg Stiftung Materialien Nr. 19, Das KPD-Verbot 1956, 2016, S. 3

4. Errungenschaften

1989 antwortete der DDR-Schriftsteller Hermann Kant, der auch in den folgenden Jahren seinen sozialistischen Überzeugungen treu bleiben sollte, auf die Frage, was das Beste an der DDR sei: „Dass es sie gibt.“ Befragt nach dem Schlechtesten an der DDR erwiderte er: „Dass es sie so wie derzeit gibt.“⁹ Zweierlei wird in dieser bemerkenswerten Antwort deutlich: Zum einen der Schmerz eines überzeugten DDR-Bürgers über die Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit in dem Staat, den er als den seinen betrachtet. Und zum anderen die vorbehaltlose Anerkennung der Leistung, die darin besteht, nach dem Untergang des Faschismus im Gegensatz zur restaurativ geprägten BRD das „ganz Andere“ gewagt zu haben. Dass dieser Aufbau unter schwersten Bedingungen begonnen wurde, ist bereits dargelegt worden. Umso mehr Respekt verdienen die Leistungen. Am Anfang stand die konsequente Entmachtung und Enteignung der Monopole und des Großgrundbesitzes, d. h. der Eliten, in deren Klasseninteresse die Nazidiktatur ausgeübt wurde.

In der vergleichsweise ökonomisch „ärmeren“ DDR wurden soziale Rechte verwirklicht, die in der wirtschaftlich vielfach stärkeren BRD als utopisch bzw. unbezahlbar gelten. Wenn von Freiheit sinnvoll gesprochen werden soll, muss gesagt werden, wovon und wozu man frei sein will. Und die Bürgerinnen und Bürger der DDR waren frei von Existenzangst dank verbürgter Rechte auf Arbeit, Wohnung, Bildung und Gesundheitsversorgung. Das im Konzept der Polytechnischen Oberschule verkörperte Bildungsmodell fand als große fortschrittliche Leistung internationale Anerkennung. Zum Prinzip „Eine Schule für alle“ können sich bundesdeutsche Politikerinnen und Politiker bis heute nicht durchringen. Die DDR hingegen kann für sich in Anspruch nehmen, mit ihren großen Bildungsreformen das bürgerliche Bildungsmonopol gebrochen zu haben und zahllosen Arbeiter- und Bauernkindern, auch mit Hilfe besonderer Angebote wie den Arbeiter- und Bauernfakultäten, den Weg in eine Hochschullaufbahn eröffnet zu haben.

Kultur- und Freizeitangebote wurden in der DDR so bereitgestellt, dass sie für alle erschwinglich waren.

Die Erfahrung, als überflüssiger Mensch abgehängt und nur noch als wertloser Kostenfaktor betrachtet zu werden, ist den heutigen Bewohnerinnen und Bewohnern bundesdeutscher Armutsquartiere nicht fremd. Die DDR war frei von solch entwürdigenden Zuständen.

Während in der BRD Naziparteien, rechte Schlägerbanden, Wehrsportgruppen und „Vertriebenenverbände“ sich – nicht selten unten den wohlwollenden Augen der Obrigkeit – entfalten konnten, wurden in der DDR Naziverbrecher verfolgt und rechten Umtrieben mit Schärfe entgegen getreten. Wer hätte sich z. B. in den Siebzigerjahren einen Aufmarsch unter Reichskriegsflaggen durch Dresden unter dem Schutz der Volkspolizei vorstellen können? Natürlich war der Antifaschismus in DDR „verordnet“ – hatte er doch Gesetzeskraft. Und wäre es nicht gut, wenn auch in BRD der staatlich geduldete Neofaschismus endlich durch staatlich verordneten Antifaschismus ersetzt würde?

Die Rechtstellung als Arbeiterin oder Arbeiter im Betrieb war in der DDR erheblich stärker als in der BRD. Vertragsbefristungen und Leiharbeit, wie sie im heutigen Deutschland gang und gäbe sind, ließ das Arbeitsrecht der DDR nicht zu.

Armut durch Arbeitslosigkeit oder Niedriglöhne hat in der Bundesrepublik vor allem ein weibliches Gesicht. In der DDR war die ökonomische Unabhängigkeit der Frau der Regelfall, und auch weibliche Präsenz in traditionellen Männerberufen war keine Seltenheit.

Auf der internationalen Ebene war die DDR ein geachteter Partner im Kampf für Frieden und Entspannung. Kämpferinnen und Kämpfer gegen Kolonialismus, Rassismus und Faschismus in anderen Teilen der Welt kannten diesen Staat als verlässlichen Freund. Zudem funktionierte die Wirtschaft der DDR ohne die Ausplünderung und Ausbeutung von Drittweltstaaten. Und auch von Großmachtansprüchen motivierte völkerrechtswidrige Kriegseinsätze in fremden



⁹ vgl.: https://th.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/2004_HProzentC3ProzentB6pcke_Restaurationsunwille_ProzentC3ProzentBCberrollt.pdf, 08.09.2019



Ländern wurden in Deutschland erst nach dem Ende der DDR wieder denkbar. Die Nationale Volksarmee aber bleibt in Erinnerung als die deutsche Armee, die nie Krieg führte.

5. Umgang mit Geschichte

Der ehemalige Bundespräsident J. Rau sagte: „Wenn nur die Sieger Geschichte schreiben, dann widerfährt den Verlierern selten Gerechtigkeit.“¹⁰ Dieser kluge Satz bezog sich auf den Umgang mit den deutschen Bauernkriegen, und doch kennzeichnet er auch präzise den in der Bundesrepublik vorherrschenden Umgang mit der Geschichte der DDR. Hier hat sich ein Mainstream herausgebildet, der jedes Urteil jenseits der Verdammung als unanständig erscheinen lässt. Es geht darum, die kapitalistische Ordnung als die beste aller möglichen erscheinen zu lassen – vor allem in einer Zeit, in denen den Herrschenden sehr wohl bewusst ist, was sie den Lohnabhängigen an Zumutungen aufbürden. Im öffentliche Bewusstsein soll zementiert werden: Jeder Gedanke, dass eine gerechtere Gesellschaftsordnung nicht nur erstrebenswert, sondern auch möglich ist, führt in die Unfreiheit. Das Ende vom Traum einer besseren Welt ist immer der Stacheldraht. Festansprachen an staatsoffiziellen Feiertagen dienen diesem Zweck ebenso wie Forschungsprojekte zu „SED-Unrecht“ oder die auf unteres Entertainment-Niveau heruntergebrochenen TV-Produktionen, die wenig zur historischen Bildung des Zuschauers beitragen, ihm dafür aber Schauer des Grauens über den Rücken laufen lassen. Wenn man über die hier fehlende geschichtswissenschaftliche Seriosität klagt, sollte man nur bedenken, dass es den Herrschenden um diese gar nicht geht. Der damalige BRD-Justizminister K. Kinkel erklärte 1991: „Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muss gelingen, dass SED-System zu delegitimieren.“¹¹ Man kann sich einerseits fragen, wie sich ein solcher ideologischer Kampfauftrag mit den Ansprüchen einer unabhängigen Rechtsprechung verträgt. Andererseits wird ein Paradigma deutlich, das nicht nur in juristischer Hinsicht für den Umgang mit der untergegangenen DDR gilt. Es geht nicht um Wahrheit. Es geht darum, einen Gegner zu erledigen. Das erwartete Ergebnis ist klar formuliert: Der andere deutsche Staat hatte keinerlei Existenzberechtigung. Alle künftigen „Untersuchungen“ erfolgen nur, um dies zu bestätigen. Wissenschaft sinkt so zur nachträglichen Ausschmückung des politisch Gewollten herab. Im Gegensatz dazu ist für uns Kommunistinnen und Kommunisten die historische Wahrheit eine geistige Waffe, mit der wir auch die künftige Perspektive einer von kapitalistischer Ausbeutung befreiten Gesellschaft verteidigen.

10 http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/2000/03/20000310_Rede.html, 08.09.2019

11 <https://www.zeit.de/1997/36/politbue.txt.19970829.xml/seite-2>, 08.09.2019

6. Literatur

- J. Rösler, Geschichte der DDR, PapyRossa Verlag, Köln, 2. Auflage, 2013
- E. Krenz, Walter Ulbricht, Das Neue Berlin, Berlin, 2013
- N. Podewin, Walter Ulbricht, Dietz Verlag, Berlin, 1995
- S. Wenzel, Was war die DDR wert?, Das Neue Berlin, Berlin, 6. Auflage, 2004
- H. Bentzien, Was geschah am 17. Juni?, Edition Ost, Berlin, 2003
- W. Großmann, W. Schwanitz, Fragen an das MfS, Edition Ost, Berlin, 2. Auflage, 2010
- K.-D. Baumgarten, P. Freitag, Die Grenzen der DDR, Edition Ost, Berlin, 2. Auflage, 2005
- E. Honecker, Zu dramatischen Ereignissen, Verlag Wiljo Heinen, Berlin, 2012
- J. Heidig, Verteufelte Demokratie, Verlag Wiljo Heinen, Berlin, 2015
- H. Kant, Die Aula, Rütten & Loening, Berlin, 22. Auflage, 1981
- Bundesvorstand der SDAJ, Ein anders Deutschland war möglich, Essen, 2. Auflage
- Marxistische Blätter Nr. 4/2019, Kulturstaat DDR, Neue Impulse Verlag, Essen



7. Filme

- Der geteilte Himmel, DDR, 1964
- Die Verschworenen, DDR, 1971/1972
- Heimkehr in ein fremdes Land, DDR, 1975/1976

8. Fragen zur Diskussion

- Welches Verständnis von „Nation“ fand in der DDR seinen Ausdruck?
- Welche Anregungen für heutige Diskussionen um ein modernes Bildungssystem lassen sich aus der Geschichte der DDR gewinnen? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Arbeiter- und Bauernfakultäten?
- Wie sind die Reformen im Zeichen des Neue Ökonomischen Systems einschätzen? Besitzen sie Aktualität für sozialistische Orientierung in der Gegenwart?
- Wie ist W. Ulbrichts Theorie vom Sozialismus als relativ eigenständiger Gesellschaftsformation im Lichte der Erfahrungen heutiger Staaten mit sozialistischer Orientierung zu bewerten?
- Wie unterscheiden sich Zugänge zur Frauenpolitik in der DDR und in der heutigen BRD?
- Womit erklären sich die heutigen beträchtlichen Wahlerfolge neofaschistischer Parteien auf dem Gebiet der ehemaligen DDR? Von bürgerlichen Kräften wird immer wieder auf die Vorprägung durch 40 Jahre DDR verwiesen. Was können wir dem entgegen?
- Welche Fehler von Staats- und SED-Führung haben dazu geführt, dass sich zum Schluss viele DDR-Bürgerinnen und -bürger nicht mehr mit ihrem Staat identifizierten?

Impressum

Herausgeber: DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

pv@dkp.de, dkp.de

ViSdP: Wera Richter

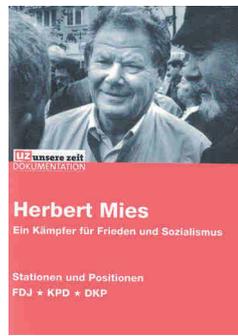
Die Inhalte dieser Bildungszeitung wurden von der Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP erarbeitet.

Redaktion: Erik Höhne

September 2019

Die UZ-Dokumentationen

Mit den UZ-Dokumentationen ergänzt und vertieft die Wochenzeitung UZ ihr Informationsangebot zu aktuellen politischen Themen und zu Fragen der Geschichte. Sie erscheinen im einheitlichen A5-Format und stehen den AbonnentInnen der UZ auch online auf www.unsere-zeit.de zur Verfügung.



Herbert Mies – Ein Kämpfer für Frieden und Sozialismus
84 Seiten, DIN A5

Anzahl



Das Kommunistische Comic-Manifest
36 Seiten, DIN A5

Anzahl



Wieder unter Marx' Banner
Die Entstehung der KPD
32 Seiten, DIN A5

Anzahl



50 Jahre DKP – Chronik, Zeitzeugen und Dokumente
84 Seiten, DIN A5

Anzahl



30 Stunden sind genug
Arbeitszeitkonferenz der DKP

Anzahl



KPD-Verbot und politische Justiz
64 Seiten, DIN A5

Anzahl



Gegen die imperialistischen Kriege
64 Seiten, DIN A5

Anzahl



Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage
64 Seiten, DIN A5

Anzahl



Kommunisten und Gewerkschaften
44 Seiten, DIN A5

Anzahl



Einheit in der Vielfalt
60 Seiten, DIN A5

Anzahl



Tag der Befreiung vom Faschismus – der Kampf geht weiter
56 Seiten, DIN A5

Anzahl

Hiermit bestelle ich folgende Broschüren

Bitte die Anzahl der Broschüren rechts eintragen. Eine Broschüre 3,- € / ab 10 Broschüren 2,- € Stück

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Ort, Datum

Unterschrift